

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/189

2. Oktober 1972

Getrennt marschieren und vereint schlagen

Taktik von SPD und FDP im Bundestagswahlkampf

Von Dr. Peter Gletz MGL

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Das "Grundsatzprogramm" der schönen Worte

Ein Pakt, das dem "Deutschlandtag" der
Jungen Union entspricht

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Aus Sorge um das Parlament

Seite 5 / 27 Zeilen

Warnung vor Freudenbad

Seite 6 / 15 Zeilen

EBU/CSU-Länder treiben die Ausgaben hoch

Kieler Stabilitätsalternative der "Union"

Seite 6 und 7 / 59 Zeilen

"Kieler Tage" in Polen

Neuer Anstoß für die Kooperation

Seite 8 / 49 Zeilen

Glosse des SPD-Pressedienstes

Manfred Körner am Kreuzweg

Seite 9 / 31 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847/
888 848 FPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Getrennt marschieren und vereint schlagen

Taktik von SPD und FDP im Bundestagswahlkampf

Von Dr. Peter Glotz MdL

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Wie werden, wie sollen sich Sozialdemokraten und Freie Demokraten in der großen Auseinandersetzung des Bundestags-Wahlkampfes zueinander - und gegeneinander - verhalten? Diese Fragen stellen sich die Strategen in sämtlichen Parteizentralen, aber auch alle engagierten Bürger.

Die Frage ist besonders wichtig in einem Land, in dem die Sozial-Liberalen in der Opposition sind. In Bonn hat sich die Zusammenarbeit beider Parteien bewährt; Sozialdemokraten wie Liberale betonen, daß die Kooperation fair und anständig verlaufen, und daß die gegenseitige Rücksichtnahme groß gewesen sei. In den Oppositionsländern - auch in Bayern - gilt diese Feststellung aber nicht immer in gleichem Maße. In der parlamentarisch durchaus verständlichen Auseinandersetzung um die durchschlagendste Publizität können sich auch verwandte Geister empfindlich weh tun. Gerade in Bayern hat es derartige politische Schürfwunden durchaus gegeben; beispielsweise beim Landtags-Wahlkampf in Mittelfranken, beispielsweise beim Volksbegehren. Dies einfach wegzuleugnen, wäre unehrlich und auf die Dauer auch unpraktisch.

In der bevorstehenden großen Auseinandersetzung um die Führung in der deutschen Politik müssen derartige Erinnerungen aber zurückstehen. Jetzt geht es nicht um Eifersüchteleien und mehr oder weniger schmerzhafto Erinnerungen. Jetzt geht es um die politische Erkenntnis, daß eine konservative Regierung in Deutschland nur zu verhindern ist, wenn eine breite Koalition für kritische Aufklärung und realistische Reformpolitik zustande gebracht wird. Von diesem entscheidenden Etappenziel werden die bayerischen Sozialdemokraten in diesem Bundestags-Wahlkampf ausgehen.

Dies fällt ihnen um so leichter, als es ja nicht nur darum geht, daß zwei Parteien, mögen sie auch noch so verschieden sein,

in einem Wahlkampf für begrenzte Zeit miteinander "packeln". Wem historisches Verständnis und langfristige Perspektiven nicht völlig verloren gegangen sind, der weiß, daß die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Freien Demokraten seit 1969 die alte Koalition von Arbeiterschaft und linksbürgerlichen Kreisen wieder aufgenommen hat, die seit 1848 immer wieder in den Hintergrund und oft genug in den Untergrund gedrängt worden ist.

Ohne den konservativen Demokraten in Deutschland zu nahe treten zu wollen, kann man feststellen, daß diese Koalition von Arbeitern und linken bürgerlichen Gruppen die parlamentarische und demokratische Tradition Deutschlands repräsentiert und das unhistorische Märchen dementiert, die Demokratie sei nach Deutschland 1945 von den Besatzungsmächten importiert worden. Richtig ist leider, daß das Zusammengehen des alten Großgrundbesitzes mit der Großindustrie die Machtpolitik der letzten 100 Jahre weitgehend bestimmt hat. Politischer Liberalismus und demokratischer Sozialismus haben sich gegen diese verhängnisvolle Konstellation aber immer gestemmt. Ihre Zusammenarbeit heute datiert deshalb nicht erst von 1969. Sie wird allerdings täglich zukunftsreichlicher, nachdem die FDP die Mendes, Starkes und Zoglmanns sowie andere Wackersteine des deutschen Liberalismus abgeworfen hat.

Die bayerischen Sozialdemokraten sehen manche politische Position der bayerischen FDP kritisch. Trotzdem werden sie sich von niemandem provozieren lassen, auf diese FDP loszuschlagen. Was notwendig ist, ist eine kritische Kooperation zwischen beiden Parteien und ihren Anhängerschaften. Diese müßte von drei Positionsmarkierungen ausgehen:

- Die Freien Demokraten in Bayern sollten eine große Bestandsaufnahme ihres Verhältnisses zum Deutschen Gewerkschaftsbund machen, wobei ihr Freiburger Programm eine gute Grundlage für sachliche Zusammenarbeit bietet. Wer allerdings - vor allem in der Mitbestimmungsfrage - noch rechts von den Freiburger Thesen operieren will, riskiert unnötige Konflikte.

- Die Sozialdemokraten werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Liberalen den Instrumentenkasten einer aufgeklärten und sozialen Marktwirtschaft manchmal anders handhaben möchten als sie. Die FDP sollte sich aber im ganzen Land davor hüten, bei der verständlichen Suche nach vermeintlichen Schiller-Wählern der verhängnisvollen Kampagne der Konservativen gegen den demokratischen Sozialismus noch Auftrieb zu geben. Dies muß, für alle Regionen, einschließlich Mittelfrankens, und für alle Zielgruppen, einschließlich des Mittelstandes, gelten.

- Die Sozialdemokraten dürfen und werden den Anteil der FDP an den Erfolgen der Regierung Brandt/Scheel nicht schmälern. Sie werden aber den Kampf für Toleranz und geistige Freiheit ebenso entschieden führen, wie die FDP dies beabsichtigt. Vornehme Zurückhaltung im Kampf gegen autoritäre Tendenzen und das Unheimliche in dem CSU-Kultusminister Maier können die Sozialdemokraten sich nicht auferlegen. - Auf dieser Basis kann der Bundestagswahlkampf beginnen. Er wird hart und schwer werden. Sozialdemokraten und Liberale werden getrennt marschieren, aber vereint schlagen.

(-/ee/2.10.1972/bgy)

Das "Grundsatzprogramm" der schönen Worte

Ein Fazit, das dem "Deutschlandtag" der Jungen Union entspricht

"Der Mensch ist unvollkommen, auch wenn er nach Vollkommenheit strebt". Das ist nur einer der vielen nichtssagenden Allgemeinplätze, die von der Jugendgarde der CDU/CSU, der Jungen Union, nach dreitägiger Diskussion auf ihrem "Deutschlandtag" in Fulda verabschiedet wurden. Aus Profilneurose und "weil wir nicht schon nach fünfzehn Minuten wieder nach Hause fahren können" wurde ein Grundsatzprogramm mit dem hochtrabenden und zugleich abrenswerten Titel "Für eine humane Gesellschaft" zusammengestellt, ein Sammelurium von Plititüden, für das das Wort "Grundsatzprogramm" einfach zu hoch gestochen ist.

In den 68 verabschiedeten Thesen werden zwar alle gesellschaftlichen Fragen angetippt, aber nicht ein Problem konsequent zu Ende gedacht. Daß Reformen durchgeführt werden müssen und sollen, ist jetzt auch zur programmatischen Einsicht der Jung-Christen geworden. Wie sie aber diese Reformen realisieren sollen, das bleibt weiter ungeklärt. Zur Frage nach der praktischen Verwirklichung von Reformvorhaben blieben die Jung-Unionisten - wie nicht anders zu erwarten - die Antwort schuldig.

Nach den Worten dieses Grundsatzprogramms werden die jungen Christdemokraten und Christsozialisten in Zukunft Partei ergreifen "für die unterdrückten, leidenden und sozial benachteiligten Menschen unserer Gesellschaft und der Welt, deren Freiheit nur auf dem Papier steht". Mit viel fortschrittlichem Wortgeklingel wird mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und mehr Bildung, werden menschenwürdiger Städte und Kampf gegen Umweltverschmutzung angefordert. Worte, die erst einmal mit Inhalten zu füllen und vor allem mit Taten anzupacken wären. Was hier jedoch zu erwarten ist, das haben die beiden Mutterparteien mit ihrer "Reformfreudigkeit" während zwanzigjähriger Regierungszeit unter Beweis gestellt. Der

politische Bürger wird unter verbalen Kraftakten mit progressivem Anstrich und konkreter Politik unterscheiden können, wenn die CDU- und CSU-Junggarde in den nächsten Wochen mit ihrem "Programm" auf Wahlstimmengang gehen wird. Was Karl Jaspers vor geraumer Zeit über die CDU gesagt hat, das trifft auch auf die Junge Union zu: "Unglaublich redet sie von den großen Dingen in Klischees".

Ein Novum hat dieser Fuldaer "Deutschlandtag" freilich gebracht. Erstmals hat sich eine Gruppe der CDU und der CSU bemüht, über den Marxismus in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, und was dabei herauskam, ist eine für die "Union" echt revolutionäre Erkenntnis: "Marx hat mit seiner Kritik an der Entfremdung als Folge der Industrialisierung, der Entwürdigung des Menschen zur Ware, der skrupellosen Ausbeutung der Schwachen den Blick geöffnet für schwerwiegende gesellschaftliche Probleme und Missstände". Und ganz dick wird es, wenn man in der These 21 liest, daß unter bestimmten Gegebenheiten die Frage nach einem gewaltsamen Umsturz legitim sei, denn "Aufstand und Revolutionen sind da gerechtfertigt, wo sie als Explosionen grenzenloser Hoffnungslosigkeit das letzte Mittel der Unterdrückten darstellen, menschliche Verhältnisse zu schaffen".

Die Junge Union ist stolz auf ihr "Grundsatzprogramm". Sie fühlt sich bestätigt, "die geistige Vorhut" der Unionsparteien zu sein. Jürgen Echternach, Boss der fast 135.000 Nachwuchs-Unionisten, fühlt sich fast als Revolutionär, wenn er zum Schluß des Kongresses den Appell an die junge Generation in Deutschland richtet, "mit der Jungen Union auf der Basis des verabschiedeten Grundsatzprogramms die Gesellschaft zu verändern".

Was da bleibt, ist ein müdes Lächeln. Der progressive Putz, den sich die Nachwuchs-Christen angelegt haben, wird spätestens dann abblättern, wenn sie an ihren politischen Aktivitäten gemessen werden. Und politische Aktivität bei der Jungen Union hieß bisher und heißt vorläufig immer noch: Trittbrettfahren bei der Mutterpartei um der politischen Karriere wegen.

Gode Japs

(-/ex/2.10.1972/ks)

Aus Sorge um das Parlament

Es ist wohl anzunehmen, daß der sterilen Aufgeregtheit, die nach der kritischen Äußerung des Bundeskanzlers entstand, daß bei der Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im letzten Jahr des VI. Deutschen Bundestages auch Korruption eine Rolle gespielt habe, nach der zweiten Begegnung zwischen Bundeskanzler und Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel der Boden entzogen sein wird.

Ein Wahlschlager läßt sich daraus für die "Unions"-Parteien nicht machen. Der Bundeskanzler hatte im "Spiegel"-Interview seine subjektive Überzeugung ausgesprochen, ein Recht, das ihm nicht verwehrt bleiben darf. Übrigens sprach er, der die Dinge beim Namen nannte, Empfindungen an, die sehr viele in unserer Volke teilen. Hat es nicht den Fall Goldner gegeben, den CDU und CSU nun gern der Vergessenheit anheimfallen lassen möchten? Es gibt nach einem Ausspruch von Helmut Schmidt auch mehrere Arten von Korruption, sie müssen nicht immer mit Blankoschecks gekennzeichnet sein.

Bundeskanzler Willy Brandt hat seinen Vorwurf wiederholt, und er wird wohl gute Gründe gehabt haben, wobei sicherlich nicht alle Mandats-Überträger einbezogen sind. Es liegt Material vor, das bisher der Öffentlichkeit noch nicht bekannt geworden ist. Daß Brandt nun auf voller Klärung besteht, das geschieht aus Sorge um das Ansehen des Parlaments. In der Bevölkerung ist ja der Eindruck erweckt worden, daß sich manches im Dunkeln abspielte, was ans Tageslicht kommen muß. Eine Aufhellung entspricht dem Gebot der Sauberkeit. Wer sich betroffen fühlt, hat freilich Grund, sein Verhalten hinter einer Nebelwand geheuchelter Entrüstung zu verdecken. (ae/ee/2.10.1972/hgy)

+ + +

Warnung vor Fremdenhaß

Die Warnung des Bundesinnenministers vor einem Überschlagen der Volksemotionen in offenen Fremdenhaß ist gerade noch zur rechten Zeit gekommen. Die Ausweisungen von Ausländern, die krimineller Akte oder Planungen verdächtig sind, ist eine Sache, die man unterstützen wird, das massenweise Abschieben von Ausländern unter einigermaßen turbulenten Umständen ist ein anderes Ding. Das Problem der Verhinderung des illegalen Einschleusens von ausländischen Arbeitnehmern in oft abenteuerlichem Rahmen muß dort gelöst werden, wo die Urheber und Drahtzieher dieser an Sklavenhandel gemahnenden Vorgänge sitzen und zu packen sind. Worauf Hamburgs Innenminister Heinz Ruhnau schon warnend hingewiesen hatte, das erhebt Hans-Dietrich Genscher jetzt zur Maxime, die von allen beteiligten Stellen beherzigt werden muß, bevor sich nicht nur emotionelle, sondern auch soziale und rechtliche Scherben zu Bergen türmen, die das Bild der Bundesrepublik verüstern.

(ee/ee/2.10.1972/bcy)

+ + +

CDU/CSU-Länder treiben die Ausgaben hoch

Klägliche Stabilitätsalternative der "Union"

Daß sich die CDU/CSU in ihrem Bemühen schwer tun würde, für den Wahlkampf eine Alternative zum Stabilitätsprogramm der Regierung zu zimmern, war nach den mutigen Initiativen von Bundeswirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt und den dürftigen Aussagen der oppositionellen Wirtschaftsfachleute in den letzten Wochen und Monaten zu erwarten. Daß sie derart kläglich ausfallen würde, konnte freilich kaum jemand vorhersehen.

Auch nach dem Auftritt des schleswig-holsteinischen CDU-Wirtschaftsministers Dr. Karl-Heinz Narjes, den die Union für größere Aufgaben aufbauen möchte; so etwa zum Wirtschaftsminister in einem von ihr erhofften Kabinett Strauß/Erzel, ist der Wähler so klug wie zuvor. Zwar glaubt Narjes nicht wie sein bayerischer Parteifreund Richard Stücklen, daß es zur Beseitigung aller Probleme genüge, "die Stabilität ernst zu nehmen", aber sein "Rezept" ist dafür voller Widersprüche. Wenn es nämlich nach Dr. Narjesginge, würden die Ausgaben des Bundes nicht um 10,5 vH., sondern nur um 8,5 vH. ausgedehnt, und schon wäre Preisstabilität erreicht. Kein Wort zum Thema Goldpolitik und Bundesbank, kein Wort zum Thema Währungspolitik und internationale Verflechtung. Auch die Länder und Gemeinden sollen weitgehend von Kürzungen verschont bleiben, die Hauptlast der Stabilitätspolitik soll der Bund tragen.

Das Ziel der CDU/CSU ist klar: Dem Wähler soll eingeredet werden, die von SPD und FDP geführte Bundesregierung habe über ihre Verhältnisse gelebt. Dabei sind die Ausgaben des Bundes in den letzten beiden Jahren nur um rund 20 vH. gestiegen. Die von CDU und CSU regierten Länder waren dagegen in ihrer Ausgabenpolitik nicht so kleinlich. Rheinland-Pfalz steigerte im gleichen Zeitraum um 33,5 vH., Bayern um 34,8 vH. und das Saarland um 34,1 vH. Die von SPD und FDP regierten Länder erhöhten ihre Ausgaben dagegen im Schnitt nur um 26,3 vH. Damit ist bewiesen, daß die

Koalition keinerlei Schuld trifft, zumal das Gros der Konjunktur-wirksamen Investitionsvorhaben ohnehin über die Länderhaushalte und nur zu einem Fünftel über den Bundesetat geht. Die CDU/CSU-Länder mit ihren inflationären Ausgabensteigerungen haben folglich die Preiserhöhungen geschürt, die sie jetzt der Bundesregierung anlasten möchten-

Appelle zum Maßhalten sollten die Verantwortlichen in der Union deshalb zu allererst an die Männer in ihren eigenen Reihen richten. Auch die Ausrede, ärmere Länder hätten einen so hohen Nachholbedarf, daß für sie Ausgabeneinschränkungen nicht in Frage kämen, ist in diesem Zusammenhang alles andere als stichhaltig. Es ist ja nicht so, als ob der Bund nach 20 Jahren CDU-Herrschaft keinen Nachholbedarf mehr hätte. Die Sparappelle von Dr. Narjes wirken umso unglaubwürdiger, als erst kürzlich sein Kieler Regierungschef, der stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg, von der Bundesregierung mehr Geld gefordert hatte. So sollte nach Ansicht von Stoltenberg der Anteil der Länder an den Umsatzsteuereinnahmen von 35 auf 40 vH. heraufgesetzt werden.

Aber nicht nur die CDU/CSU-Länder sind nicht gewillt, eine Stabilitätspolitik im Sinne von Dr. Narjes zu unterstützen; es muß auch bezweifelt werden, ob eine von CDU und CSU geführte Bundesregierung überhaupt eine Reduzierung der Zuwachsraten erreichen kann. Konkrete Kürzungsvorschläge der "Union" sind nicht bekannt. Sie waren auch in den letzten Jahren nicht gerade ihre Stärke, weil sie es immer als vorteilhafter ansah, im Bundestag ausgabensteigernde Gesetzentwürfe einzubringen und in der Öffentlichkeit gegen die "Ausgabenflut" zu Felde zu ziehen.

Rainer Bittermann
(-/ex/2.10.1972/bgy)

+ + +

"Kieler Tage" in Polen

Neuer Anstoß für die Kooperation

Vom 5. bis 12. Oktober finden in der polnischen Ostseestadt Gdynia (Gdingen) "Kieler Tage" statt, die unter dem Motto "Poznaj Kilonie" ("Lerne Kiel kennen") stehen. Es handelt sich hier um eine analoge Veranstaltung zu den "Polnischen Tagen", die auf Initiative der Stadt Kiel im letzten Herbst in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt durchgeführt worden sind. Die "Kieler Tage" in Gdynia sind die erste große Veranstaltung dieser Art nach Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages und des Bot-schafteraustausches. Sie haben damit einen höheren Stellenwert erhalten, soweit es die direkten Beziehungen zwischen der geschlossenen polnischen Küstenregion im Raum von Gdansk (Danzig), Gdynia und Zoppot einerseits sowie Schleswig-Holstein andererseits betrifft.

Während die "Polnischen Tage" in Kiel noch im wesentlichen durch eine sozialdemokratisch geführte Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein in Szene gesetzt wurden, hat sich jetzt die CDU-geführte Landesregierung von Schleswig-Holstein mit den Kieler Tagen in Gdynia angefreundet. Der stellv. CDU-Ministerpräsident Ernst Engelbrecht-Grewe wird eine Schau industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse eröffnen und auch die Landwirtschaftskammer will sich in Polen präsentieren.

Die Polen haben zu erkennen gegeben, daß sie an hochwertigen Ausrüstungsgegenständen für die Schifffahrt, vor allem auf dem Sektor der Elektronik ebenso interessiert sind wie an landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem für privat bewirtschaftete mittlere Höfe. Es geht den Polen aber, wie die Außenhandelsbehörden in Warschau erkennen lassen, auch darum, zu Kooperationsverträgen derart zu kommen, daß in Polen Erzeugnisse nach deutschen Plänen produziert werden.

Eine Ausweitung des deutsch-polnischen Handels vornehmlich auf dieser Grundlage bietet sich an. Im ersten Halbjahr 1971 lieferte Polen Waren für 310 und im ersten Halbjahr 1972 für 420 Millionen DM in die Bundesrepublik. Die Liefervolumen in umgekehrte Richtung betragen 350 und 600 Millionen DM. Dabei scheinen die Polen, um ihren regionalen Anforderungen gerecht zu werden, bestrebt zu sein, spezielle handelspolitische Kontakte von Region zu Region auszubauen. Es geht ihnen offenbar dabei auch speziell darum, den direkten persönlichen Kontakt mit den Partnern zu besitzen, zu dem sie in handelspolitische Beziehungen treten.

Träger des Kieler Experiments in Gdynia ist die Industrie- und Handelskammer zu Kiel, die hierzu sehr offene, liberale und zukunftsweisende Grundpositionen einnimmt und sich da offenbar nicht um konservativ-politische Vorhalte kümmert. Durch die "Kieler Tage" in Gdynia ist es nunmehr möglich geworden, daß 30 Unternehmen aus dem Kammerbezirk in Kiel ihre Erzeugnisse in Polen direkt anbieten. Darüberhinaus wird es auch zu wissenschaftlichen Besprechungen über die Sauberhaltung der Ostsee kommen.

(cc/ee/2.10.1972/ks)

Glosse des SPD-Pressedienstes

Manfred Wörner am Kreuzweg

Der Verband der Bundeswehr-Reservisten hatte zur Abschlußveranstaltung seiner Bundesdelegiertenversammlung in Bad Godesberg die Vertreter der Parteien um kurze Grußworte gebeten. Der Gruß der CDU wurde von dem CDU-Experten Dr. Manfred Wörner entboten und artete in eine Wahlkundgebung aus.

Wörner sieht die Bundeswehr neuerdings und wohl bis einschließlich 19. November vor einem Kreuzweg. Der christdemokratische Präzeptor der Bundeswehr hüllte sich in tiefe Sorge. Das ist verständlich, denn er muß sich profilieren. Doch wie das tun, wie Franz Josef Strauß die unausbleiblich hohen Finanzforderungen deutlich machen? Wer kein eigenes Konzept hat, kann nur sorgenvoll in die Runde sehen, kann nur jede Chance zur Panikmache ausnutzen, um eigene Profilierungsschwächen zu kaschieren.

Was Dr. Wörner zu bieten hat, ist entweder bereits Programm der SPD-Wehrpolitiker oder steht im krassen Widerspruch zu den bisherigen programmatischen Bekundungen der Wirtschafts- und Finanzpolitiker eines Kabinetts Barzel. Oder ist der für die Bundeswehr beschworene Kreuzweg Wörners gar sein eigener? In Bonn ist es längst kein Geheimnis mehr, daß Dr. Wörner als Kandidat für die Hardthöhe nicht mehr unumstritten ist. Der CSU-Experte Dr. Friedrich Zimmermann und CDU-Exstaatssekretär Prof. Carstens, der eine mindestens so ambitioniert wie der andere amtserfahren, schlagen den Kandidaten Wörner um Längen. Bundesverteidigungsminister Georg Leber hätte aus hoher Verantwortung davor gewarnt, die Bundeswehr in den Wahlkampf hineinzuziehen. Die von ihm geäußerte Bitte hätte auch für die Reservisten gelten müssen. Auch der Reservistenverband hätte Respekt verdient. Daß Wörner ihn vermissen ließ, war peinlich und wurde dort so empfunden.

(op/ex/2.10.1972/bgy)